

Bürokratieabbau in Brüssel:

# Europa nervt – aber nicht mehr lange?

Zu den Zerrbildern mit Applaus-Garantie gehört dieses: Im „Raumschiff Europa“, in Brüssel also, sitzen zigtausende verbohrte, dem normalen Leben abgewandte Eurokraten, die nur nach einem trachten – die Bürger mit ihrer unstillbaren Regelungswut zu drangsalieren und Jahr für Jahr Milliarden an Steuergeldern zu verschleudern. Das ist falsch.

Der Impuls für neue Richtlinien, Verordnungen, Grün- und Weißbücher kommt weit öfter als angenommen eben nicht aus dem rund 25 000 Köpfe zählenden Apparat der Kommission. Sondern aus der Wirtschaft, von Verbraucherverbänden, anderen Interessengruppen und – immer häufiger – von den nationalen Regierungen in den Mitgliedsstaaten selbst. Sie sind es dann auch, die ursprünglich schlanke EU-Vorgaben zu gesetzlichen Monstern züchten, die nur noch Verdruss erzeugen. Verdruss über eine überbordene Bürokratie, die längst zum Symbol für all das geworden ist, was Europa zur unschönen Veranstaltung macht.

Die Erkenntnis, dass EU-Gesetze meist gut gemeint sind, aber zu oft schlecht gemacht, hat insbesondere nach den gescheiterten Volksabstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden ein Umdenken eingeleitet. „Better Regulation“, bessere Rechtsetzung, heißt seither ein Projekt, das sich vor allem mit dem deutschen EU-Kommissar Günter Verheugen verbindet.

Ein erster winziger Schritt ist bereits getan. Seit dem Amtsantritt der neuen Kommission unter Jose Manuel Barroso muss tatsächlich jeder EU-Beamte einen Gesetzesvorschlag detailliert begründen und vor

allem die Kosten für Bürger und Unternehmen beziffern. Konsequenz: Die Quelle der Richtlinien ist nahezu versiegt. Aber der Stausee der bestehenden Paragraphen, immerhin 85 000 Seiten umfasst das Gemeinschaftsrecht, ist noch immer randvoll.

Verheugen hatte im Frühjahr vollmundig angekündigt, Wasser abzulassen. Einer Streichliste von knapp 70 überflüssigen EU-Gesetzesentwürfen folgte vor wenigen Wochen erst ein größeres Arbeitsprogramm, das nennenswert zur Entschlackung der EU beitragen soll und eine vor allem den Wettbewerb fördernde, wirt-

## > Info

Der Autor (Jahrgang 1963) ist politischer Redakteur bei der Neuen Ruhr Zeitung/ Neuen Rhein Zeitung (NRZ), Essen. Europäischen Themen gehört seit Jahren seine besondere journalistische Aufmerksamkeit. So berichtet er regelmäßig über die Arbeit der Europäischen Kommission und von den EU-Gipfeln.

schaftstaugliche Verwaltung zum Ziel hat.

Leichter gesagt als getan: Systematische Gesetzesfolgenabschätzung und belastbare Kosten-Nutzen-Analysen vor(!) Einleitung eines neuen Rechtsaktes hat Europa in seiner 50-jährigen Geschichte nie gelernt.

Gemeinschaftsrecht galt und gilt als der Schrittmacher für mehr Integration. Wie man heute weiß, da immer mehr Europäer die EU als Bremser im

globalen Wettkampf empfinden, ein Irrtum. Den nächsten darf die EU nicht mehr begehen. Er bestünde darin, das angekündigte Großreinemachen zur Feigenblatt-Aktion verkommen zu lassen – und so weiter zu machen wie bisher.

Erste Stimmen der Besitzstandswahrer in Kommission wie Parlament verheißen nichts Gutes. Sicher, erwiesenermaßen sinnvolle Standards in der Umwelt- und Verbraucherpolitik etwa, für die lange erbittert gekämpft wurde, dürfen nicht einfach über Bord geworfen werden. Aber es darf auch nicht so sein, dass der anstehende Prozess nach Belieben verzögert oder torpediert wird. Jede existierende Richtlinie, jede Verordnung muss schließlich vor einer möglichen Streichung durch das Parlament und vom Rat bewertet und einzeln beschlossen werden. Da wartet also noch viel, viel Streit in der Brüsseler Pipeline.

Ohnehin darf man sich keine kurzfristigen Effekte versprechen. Ehe die Bürger registrieren, dass Europa nicht mehr so oft unnötig nervt, werden Jahre vergehen. Aber die Bürger Europas werden nur kurze Zeit sehr genau hinschauen, ob ihnen die Akteure in Brüssel Sand in die Augen streuen oder ob sich das Regelungsdickicht wirklich lichtet. Bis heute jedenfalls steht der lautstark angekündigte Abbau von Fesseln noch viel zu sehr auf Sand. Ein solides Fundament muss darum her, sonst kriegt Europa Saures – spätestens bei der nächsten Volksabstimmung.

**Dirk Hautkapp**  
Neue Ruhr Zeitung

